

## Ralf Feldmann am 1. September 2018 in Bochum

### „Das muss man sich mal vorstellen im Kopf, wo wir gelandet sind“

Herbert Grönemeyer ist hier heute am Antikriegstag in Bochum mit im Boot. Vor zwei Wochen sorgte er für den Höhepunkt des dreitägigen Musikfestivals „Jamel rockt den Förster“. Jamel ist ein Dorf bei Wismar mit einer starken Neonazi-Szene, ein kleines Chemnitz in Nordwestmecklenburg. Das Künstlerehepaar Birgit und Horst Lohmeyer hält seit Jahren standhaft dagegen – auch mit dem Festival. Jedes Jahr gelingt es, einen Topstar als Überraschungsgast zu präsentieren. Dieses Jahr Herbert Grönemeyer.

„Das Land ist nervös, die Zeiten sind nervös“, sagte Grönemeyer zu Beginn seines Auftritts, „und wir müssen lernen Haltung zu zeigen, den Mund aufzumachen und laut zu werden, richtig laut zu werden, damit die rechte Szene merkt: Das ist hier nicht gewollt“. Ihm liege jedoch nicht nur das Engagement gegen Neonazis am Herzen. „Es kann nicht sein“, so Grönemeyer wörtlich, „dass man darüber debattiert, ob man Menschen, die in Lebensgefahr schweben, rettet. Das muss man sich mal vorstellen im Kopf, wo wir gelandet sind.“ Dass darüber überhaupt diskutiert werde, halte er für ein Verbrechen, und diejenigen, die die Seenotrettung in Frage stellen, gehörten vor Gericht.

Kurz zuvor hatte die Wochenzeitung „Die Zeit“ genau dies getan mit einem Beitrag der Journalistin Mariam Lau. Unter der Überschrift „Oder soll man es lassen“. Ein sehr engagiertes Plädoyer gegen die Rettungsaktionen der NGOs im Mittelmeer. Die Zeit hält sich für ein gutbürgerlich liberales Leitmedium.

„Das Ertrinken im Mittelmeer“, so beginnt der Artikel, „ist ein Problem aus der Hölle, ein politisches Problem, zu dessen Lösung die private Seenotrettung null und nichts beizutragen hat. Denn Politik besteht eben nicht darin, das vermeintlich Gute einfach mal zu machen, sondern darin, die Dinge im Zusammenhang zu betrachten und auch die Nebenwirkungen gut gemeinten Handelns“.

Die Retter seien Teil des Geschäfts der Schlepper. Sie untergraben das Recht der europäischen Gesellschaften, zu bestimmen, wer hinzukommen dürfe. Wer helfe, den Flüchtlingen Europas Grenzen zu öffnen, vergifte das politische Klima bei uns und gefährde demokratische Regierungen und Institutionen. Es sei nur eine Frage der Zeit, wann in einem Europa ohne Grenzen die letzte demokratische Regierung rechten Populisten zum Opfer falle. Retten müsse man die Ertrinkenden schon, das schreibe das Recht vor und die Humanität. Das sei aber nicht Aufgabe von Privaten, sondern Aufgabe der Staaten. Frontex, die Grenzpolizeiagentur mit Kriegsschiffen, müsse das richten. Sie vergisst die Bundeswehr, die im Rahmen der EU-Mission Sophia mit Kriegsschiffen Flüchtende vor der Küste Libyens an der Überfahrt hindern soll im Verein mit der Küstenwache fragwürdigster libyscher Autoritäten.

Die gutbürgerliche Zeit-Journalistin warnt vor den „Nebenwirkungen gut gemeinten Handelns“, vor Menschenrechtsaktivisten, die „kein moralisches Zwischenreich kennen“. Sie selbst verschließt dabei ihre Augen fest vor den Gründen für die weltweite Migration vor allem auch nach Europa. Und verschweigt die Zusammenhänge und Hauptwirkungen ihres Plädoyers für eine Festung Europa mit militärischer Abschottung gegen Flüchtlinge.

Die sollen dann also in den schrecklichen Lagern in Libyen bleiben, ausgesetzt brutaler Gewalt, Sklavenarbeit und Vergewaltigung – so eine Lagebeurteilung

unseres Auswärtigen Amtes, so jetzt Berichte der UN-Flüchtlingsorganisation über Flüchtlinge auf der „Diciotti“. Oder sie sollen dorthin zurück gebracht werden, wenn sie zunächst wenigstens vor dem Ertrinken bewahrt oder von Kriegsschiffen abgefangen worden sind - warum nicht auch gegen das Völkerrecht mit Hilfe von Milizionären, EU-Mission Sophia und Frontex? Ohne die Rettungsboote der NGOs gelingt Seenotrettung immer weniger. In diesem Jahr sind bereits mehr als 1.500 Flüchtlinge im Mittelmeer ertrunken, ungefähr genauso viele wie im Vergleichszeitraum des Vorjahres. Aber nur noch 55.000 Menschen sind in Europa angekommen im Gegensatz zu 111.000 in derselben Zeit 2017. Ohne die private Seenotrettung sterben verhältnismäßig mehr Menschen im Mittelmeer. Das Risiko, auf der Flucht im Mittelmeer zu sterben, steigt. Das ist eine Hauptwirkung, wenn die Festung Europa militärisch abgeschottet und die Rettungseinsätze von Menschenrechtsaktivisten kriminalisiert und verhindert werden.

Von Staaten, die selbst zur Rettung offenbar nicht mehr bereit sind. Das „Diciotti“-Verbrechen des italienischen Innenminister Matteo Salvini ist das jüngste Beispiel dafür. Länger als eine Woche ließ er in Catania 144 Migranten nicht von Bord eines eigenen staatlichen Küstenwachbootes gehen, das sie gerettet hatte. Traumatisierte Menschen. Die hygienischen Verhältnisse auf dem Schiff waren katastrophal, es gab Verdachtsfälle von Tuberkulose und Lungenentzündung. Wegen Freiheitsberaubung und Amtsmissbrauchs ermittelt die italienische Justiz nun gegen den Minister. Immerhin. Erst dann gab er nach. Er gehört vor Gericht.

„Das muss man sich mal vorstellen im Kopf, wo wir gelandet sind“, so das Entsetzen von Herbert Grönemeyer in Jamel. Vielleicht wollte sich die Zeit-Journalistin als Regierungssprecherin bewerben. Denn ihre Argumente enthalten den Kern der offiziellen Regierungspolitik. Und das ist weit schlimmer als nur ein Zeitungsartikel in einer bürgerlichen Wochenzeitung. Diese Politik ist kampflöse Selbstaufgabe der Menschlichkeit vor dem Druck völkischer Demagogen und ihrer wild gewordenen Gefolgschaft.

Kriegsschiffe gegen Flüchtlinge im Mittelmeer sind ein Eckpfeiler für die Abschottung der Festung Europa. Militär gegen Flüchtlinge schon in den Staaten südlich der Sahara gehört dazu. Ein für den Mali-Einsatz verantwortlicher Bundeswehroffizier definierte jüngst in einem Fernsehinterview seinen Auftrag dort ganz unbefangen so: es sei eben auch Aufgabe der Bundeswehr, dabei mitzuhelfen, die Migrationsströme nach Europa möglichst schon weit vor dem Mittelmeer einzudämmen. Sie sterben dann schon in der Sahara. Wo erlaubt das Grundgesetz Bundeswehreinsätze gegen Flüchtlinge? Das ist eine Regierungspolitik mit der Moral Margot Honeckers: Die rief den Flüchtlingen ihrer Zeit, die an der Grenze starben, höhnisch nach: „Sie hätten ja zu Hause bleiben können“.

Die die Seenotrettung in Frage stellen, gehören vor Gericht, sagte Herbert Grönemeyer in Jamel. Und: „Ist mir wurscht, wer das ist, ob das ein Teil der Bundesregierung ist. Nur, weil sie in der Bundesregierung sind, heißt das ja nicht, dass sie alle ganz klar im Kopf sind.“ Dies gelte speziell für eine christliche Partei, die darüber debattiere, ob man Menschen retten soll. „Die sollten sich später vielleicht an der Himmelspforte überlegen, was der liebe Gott zu ihnen sagen wird.“ Auf der Bühne leitete er einen seiner größten Hits „Mensch“ mit einem Appell ein: „Ich bin jetzt 62, ich habe noch nie eine Zeit erlebt, in der es so wichtig war, laut zu sein.“